

Armut und Ausbeutung erwartet – wenn sie es denn überhaupt schaffen, das Meer zu überqueren?

Wer wissen will, Welch gefährlicher Sog in den Konsummodellen des Kapitalismus steckt, sollte diese Reportagen über das Schicksal der Bootsflüchtlinge im Mittelmeer lesen. Erschreckendes erfährt man auch über die Polizeimethoden in den nordafrikanischen Anrainer-Staaten des Mittelmeeres. Wird ein Bootsflüchtling in ihrem Hoheitsgebiet festgenommen, muss er mit sofortiger Inhaftierung ohne irgendeinen juristischen Schutz rechnen. »Hamdi erzählt mir von sechs mal acht Meter großen Zellen, die mit 45 Personen überfüllt sind. Ein Quadratmeter pro Kopf, man schläft jeden Abend eingezwängt auf der Erde ... Er spricht von willkürlicher und unmenschlicher Folter, von Unterernährung, von Männern, die bedroht werden, weil sie den Blick nicht gesenkt haben.«

Wer von uns merkt noch auf, wenn er Nachrichten von gestrandeten Bootsflüchtlingen im Mittelmeer hört? Immerhin existieren Bilder. Man hat, wenn auch nur für einen flüchtigen Moment, die Existenz dieser Menschen wahrgenommen. Was aber ist mit den vielen, die auf einem Schiff in stürmischer See untergehen? Eine No-

tiz aus der Chronik des Schreckens von Gabriele del Grande lautet: »Am 17. Februar 2006 starben 25 Flüchtlinge. Sie waren von Somalia losgefahren, durch Syrien illegal in die Türkei eingereist und wurden dann von einer Welle, weniger als eine Meile von der Schwelle des alten Kontinents entfernt, ausgelöscht.« Was ist von ihnen geblieben? Nackte Körper, Leichen in Blue Jeans, Skelette, Algen und Shirts in den Netzen der Fischer.

Soll man einem Buch wie diesem eine große Resonanz wünschen? Jeder Leser muss selber wissen, ob er sich die Lektüre zumuten will. Wer es aber gelesen hat, wird anders auf das Mittelmeer blicken, mit anderen Gedanken, vielleicht auch mit mehr Verzweiflung über das Schicksal der vielen Mamadous, die ihre Hoffnung auf ein anderes Leben mit dem Tod bezahlen. Bevor diese Menschen, wie Magris schreibt, von der Woge des Vergessens ausgelöscht werden, hat Gabriele del Grande ihnen eine kleine Arche Noah aus Papier geschenkt.

Gabriele del Grande: Mamadous Fahrt in den Tod. Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer. Aus dem Italienischen von Angela Huemer, von Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2008, 221 S., € 14,90.

Hans Peter Bull

Nüchterne Analysen und unsinnige Dramatisierungen

Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat?

»Dramatisierungen, Einseitigkeiten und Verkürzungen« kennzeichnen die aktuelle Debatte über die Sicherheitspolitik. So steht es zutreffend in dem Sammelband, den der Bochumer Professor Stephan Huster und der innenpolitische Sprecher der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion Karsten Rudolph herausgegeben



Hans Peter Bull

(* 1936) war von 1988 bis 1995 Innenminister in Schleswig-Holstein. Bis zu seiner Emeritierung 2002 war er danach Professor für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg.

HP-Bull@t-online.de

haben. Huster und Rudolph wollen es besser machen, aber auch in ihrem Band finden sich in mehreren Beiträgen die üblichen Übertreibungen und Fehleinschätzungen.

Schon in dem Titel *Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat* steckt die fragwürdige inhaltliche Aussage, dass der Staat die rechtsstaatlichen Prinzipien verrate, wenn er sich der Prävention widme. Tatsächlich teilen viele diese Ansicht; sie fürchten, dass der Staat sich zu sehr auf das Ziel konzentrierte, Sicherheit durch umfassende Vorsorge gegen Kriminalität zu gewährleisten. Die These vom »Präventionsstaat« als Gegenpol des Rechtsstaates ist insbesondere von Erhard Denninger verbreitet worden und inzwischen weithin anerkannt. Denninger ist auch bei Huster/Rudolph mit einem Beitrag vertreten, in dem er behauptet, das Sicherheitsideal sei »maß- und grenzenlos« – eine Dramatisierung und letztlich eine Kapitulation vor der gegebenen rechtspolitischen Aufgabe!

Die Herausgeber des Sammelbandes setzen in ihrer Einleitung zwar ein Fragezeichen hinter die im Titel enthaltene These. Aber sie erkennen im gegenwärtigen Zustand Züge eines Präventionsstaates mit geradezu abenteuerlichen Merkmalen. In diesem Staat stellt angeblich »jeder Bürger ein potenzielles Risiko« dar; »gerade die unauffällige Lebensführung« habe bei der Rasterfahndung nach dem 11. September 2001 »einen besonderen Verdacht« erweckt. Überdies sei der Präventionsstaat »tendenziell darauf angelegt, bereits die rechtsfeindliche Gesinnung festzustellen und zu bekämpfen«; dies führe »zu einer rechtsstaatlich problematischen Verlagerung der Sicherheitspolitik in das Vorfeld der Meinungsbildung der Bürger«. Eine total verzerrte Darstellung!

Andere Autoren liefern realistischere Analysen und diskussionswürdige Meinungen. Ulrich Schneckener (*Stiftung Wissenschaft und Politik*) fragt: »Warum lässt sich Terrorismus nicht ›besiegen‹?«. Peter

Schaar, der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, beschreibt den »Rüstungswettkampf in der Informationstechnologie« mitsamt seinen »Kollateralschäden«, und Hans-Jürgen Lange, Professor für Politikwissenschaft und ein hervorragender Kenner der Sicherheitspolitik, behandelt den »Wandel des föderalen Sicherheitsverbundes« und dabei insbesondere die den kontroversen Sichtweisen zugrunde liegenden Unterschiede im Staatsverständnis. Hier wird deutlich, dass eine stimmige Ableitung sicherheitspolitischer Maßnahmen allein aus den Grundpositionen der politischen Parteien kaum möglich ist. Christoph Gusy, Professor in Bielefeld, August Hanning, Staatssekretär im Bundesinnenministerium und früherer BND-Präsident, und Johannes Rux, Privatdozent in Bochum, tragen weitere Informationen und Positionen bei.

Dem Erfurter Staatsrechtslehrer Manfred Baldus (von dem das Eingangszitat stammt) gelingt es, die Dinge zurechtzurücken. Er stellt klar, dass Rechtsstaat und Präventionsstaat eben keine Gegensätze darstellen: Der Rechtsstaat ist auch Präventionsstaat und Sicherheitsstaat, und staatlich organisierte Freiheitssicherung kann (meist) nur durch Freiheitsbeschränkung bewerkstelligt werden. Der abstrakte Streit um »mehr Freiheit« oder »mehr Sicherheit« hat für die Lösung konkreter Probleme nur geringe Bedeutung. In der Regel muss zum Schutz realer Freiheit der einen die gleiche oder eine andere Freiheit anderer eingeschränkt werden. Es geht immer um die richtige Verteilung von Freiheitsrechten, und dazu sind Abwägungsentscheidungen des Gesetzgebers nötig.

Ein Kapitel des Buches bietet Politikern die Plattform für ihre Sichtweise von »Freiheit, Sicherheit und Politik«. Hier äußern sich Wolfgang Bosbach, Ralf Stegner und Burkhard Hirsch, und in dem folgenden Abschnitt setzt Gerhard R. Baum die Reihe der Politiker-Statements fort. Bosbach warnt davor, in dem politischen Streit mit

Verschwörungstheorien zu arbeiten. Aber Hirsch und Baum tun eben dies, indem sie der Gegenseite vorwerfen, sie nutze die Bedrohung durch Terrorismus und organisierte Kriminalität als Vorwand für politisch gewollte Freiheitsbeschränkungen. Baum versteigt sich zu der Behauptung: »Die Menschen werden manipuliert, um einer diffusen Terrorismusangst zu erliegen«. Auch wenn die beiden liberalen Rechts-

politiker darauf verweisen können, dass sie mehrere problematische Neuregelungen durch Verfassungsbeschwerden zu Fall gebracht haben – mit solchen Unterstellungen verabschieden sie sich aus dem seriösen Sicherheitsdiskurs.

Stefan Huster/Karsten Rudolph (Hg.). Vom Rechtsstaat zum Präventionsstaat. Edition Suhrkamp. Frankfurt am Main 2008. 229 S., € 10,00.

Aufklärung, freier Diskurs, Arbeit der Zuspitzung

Das diesjährige Forum der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte war unserem langjährigen Chefredakteur Peter Glotz, dem »Praktiker der Kommunikation« (Wolf Lepenies), gewidmet. Es war eine Würdigung wohl ganz im Sinne dieses »produktiven Unruhegeistes par excellence, immer unterwegs zwischen Politik, Wissenschaft und Publizistik«, wie die Vorsitzende der FES, Anke Fuchs, in ihrer Begrüßung betonte. Einen Tag, bevor Glotz 70 geworden wäre, wurde heftig um »Die Intellektuellen in der Mediendemokratie« gestritten. Wieweit der Typus des literarischen oder sozialwissenschaftlichen Intellektuellen auf dem Rückzug ist und mittlerweile »Alpha-Journalisten« die öffentliche Meinung prägen, wieweit die visuelle und virtuelle Welt Publizistik und Diskurse revolutioniert oder erschwert – dazu debattierten unsere Autorinnen und Autoren (von links nach rechts): Dietmar Herz, Klaus Harpprecht, Tissy Bruns, Thomas Meyer (Moderation), Katajun Amirpur, Eckhard Fuhr.



Stefan Boness